



Medienkonferenz zu Strategien und Massnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2010-2013 vom Freitag, 12. März 2010

REFERAT VON **EDITH OLIBET**, DIREKTORIN FÜR BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Medienvertreterinnen,
Sehr geehrte Medienvertreter

Die Finanzkrise hat ganze Arbeit geleistet. Ihre Folgen und namentlich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird uns noch eine Zeitlang beschäftigen.

Arbeitslosigkeit ist zwar ein nationales, ja internationales Phänomen. Ein Grossteil ihrer Folgen, nämlich eben der Verlust des Arbeitsplatzes und danach vielfach die Sozialhilfeabhängigkeit trifft Menschen und Gemeinden, besonders die Städte.

Auch die Nebenfolgen resp. Risiken wie Beeinträchtigung der Gesundheit, Sucht und soziale Ausgrenzung sind beträchtlich. Es steht für mich ausser Frage, dass die Stadt Bern im Bereich der Arbeitslosigkeit ihre Mittel und Handlungsmöglichkeiten voll ausschöpfen muss. Das ist eine sozialpolitische, eine gesundheitspolitische und nicht zuletzt auch eine finanzpolitische Pflicht.

Schwerpunkte setzt die Stadt Bern mit ihrer neuen Strategie

- ⇒ **bei den Jungen und jungen Erwachsenen,**
- ⇒ **bei der Integration, und zwar der beruflichen UND der sozialen,**
- ⇒ **bei der engen und guten Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.**

Ich komme auf diese Schwerpunkte nachfolgend konkreter zu sprechen. Festhalten möchte ich, dass die Schwerpunkte und Massnahmen nicht zu ungeplan-

ten oder nicht bereits im Budget eingestellten städtischen Mehrausgaben führen. Und auch wenn ich weiss, dass sich das schwierig belegen lässt: Ich bin überzeugt, dass sich Investitionen in die berufliche und soziale Integration lohnen – im wirklichen, aber auch im übertragenen Sinne des Wortes. Sie sind volkswirtschaftlich sinnvoll und kostensparend - mittel- und langfristig gesehen. Wenn wir berechnen, wie hohe Kosten ein Jugendlicher verursacht, der ab 18 Jahren auf Sozialhilfegelder angewiesen ist, so kommen wir auf die stattliche Summe von 1,3 Mio. Franken bis zum Rentenalter. Ganz zu schweigen von all dem menschlichen Leid und anderen Folgekosten.

Wir beginnen in Bern bei der beruflichen und sozialen Integration nicht bei Null. Wir verfügen hier über viel Know how, Erfahrung und die notwendigen Strukturen. In den „Strategien und Massnahmen 2005–2009“ lag der Fokus bei der Jugendarbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquoten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren damals dramatisch angestiegen. Lehrstellen fehlten und damit der Zugang zur beruflichen Grundbildung. Die Stadt Bern hat hier beispielsweise in der Stadtverwaltung und mit dem Projekt „inizio“ einen wirkungsvollen Beitrag geleistet. Allein in den Jahren 2008 und 2009 konnte Inizio 168 Lehrstellen akquirieren.

Die berufliche Integration und damit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit sind auch in der vorliegenden Strategie zentrale Themen. Der Fokus liegt - wie der Name der Strategie schon sagt - einerseits auf der Suche nach neuen Stellen, andererseits stärker als bisher auf der sozialen Integration. Dann nämlich, wenn eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt wenig erfolgreich erscheint. Die Vollbeschäftigung widerspiegelt die heutige Realität nicht mehr. Darauf muss sich die Strategie für die nächsten Jahre ausrichten.

Ich komme zu den drei Schwerpunkten:

1. Niederschwellige Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen bilden auch in der Strategie 2010-2013 eine zentrale Rolle, aber die Gewichtung hat sich verlagert: Heute stehen in vielen Branchen genügend Lehrstellen zur Verfügung. Aber die laufend steigenden Anforderungen der Wirtschaft und der Berufsschulen führen dazu, dass für einen wachsenden Anteil Jugendlicher - wegen unzureichenden schulischen

Leistungen oder wegen Verhaltensproblemen - eine Berufslehre oder eine Attestausbildung vorerst nicht in Frage kommt. Deshalb fokussiert die Strategie 2010-2013 auf niederschwellige Angebote, welche auf diesen Personenkreis zugeschnitten sind.

2. Soziale Integration wird wichtiger

Die Folgen der jüngsten Verschlechterungen im Arbeitsmarkt werden sich beim Sozialdienst der Stadt Bern durch einen Anstieg der Fallzahlen auswirken. Die Zahl der Kurzberatungen im Sozialdienst ist anfangs 2010 markant gestiegen. Mit einem Fallrückgang in der Sozialhilfe ist frühestens ab der zweiten Hälfte 2012 zu rechnen. Entsprechend wird die Anzahl der Langzeitarbeitslosen in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach ansteigen. Für den Gemeinderat hat die berufliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt weiterhin höchste Priorität. Zugleich sind wir uns aber bewusst, dass in den kommenden Monaten die Suche nach einer neuen Arbeitsstelle aufgrund der Rezession erschwert ist. Und auch hier gilt: Wegen der laufend steigenden Ansprüche der Wirtschaft schafft eine immer grösser werdende Gruppe von Betroffenen den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt nicht mehr schafft. Für diese Personen ist die Integration in den ersten Arbeitsmarkt oft keine oder erst eine mittelfristig realistische Option. Hier gilt es, vor allem die soziale Integration zu fördern. Diese Menschen brauchen Einsatzplätze, welche ihnen eine Tagesstruktur zur Verfügung stellen und ihnen sozialen Kontakt ermöglichen.

Weiter beabsichtigt die Strategie 2010-2013, zusätzliche Instrumente zu schaffen, welche gezielt die Ressourcen von Stellensuchenden fördern, um Arbeitsmarktfähigkeit und Selbstkompetenz zu stärken. Es geht hier vor allem um die Förderung der Gesundheit, der Selbsthilfe und der Partizipation der Betroffenen.

3. Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie zur beruflichen und sozialen Integration braucht es eine intensive Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Die Direktion BSS kann hier auf ein gutes Netzwerk zurückgreifen. Die Wirtschaftskontakte sollen weiter ausgebaut und gepflegt werden. Bei öffentlichen Bauprojekten ist PPP (Public private Partnership) heute in aller Munde. Mir schwebt das Analoge auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor: Stadt und Wirtschaft haben mit der Arbeitslosigkeit ein gemeinsames Problem und die berufliche und soziale Integration ist ein gemeinsames Anliegen. Also lasst uns ein PPP zur

beruflichen und sozialen Integration machen und gemeinsam - und damit umso zugkräftiger, erfolgreicher, effizienter und effektiver - an einem Strick ziehen. Profitieren werden alle, die Betroffenen, die Wirtschaft, die öffentliche Hand, die Steuerzahlenden und die gesamte Bevölkerung.

Eine Investition, die sich lohnt

Mit dem Hinweis auf die Effizienz bin ich bei den Finanzen gelandet. Nach über zehn Haushaltssparpaketen unter RGM ist die Frage nach der Finanzierung einer Strategie eine der ersten. Vorgabe war, dass die Strategie zu keinen Mehrkosten führen dürfe. Daran hat sie sich gehalten. Für die Strategieumsetzung und die Massnahmen zur beruflichen und sozialen Integration stehen in den kommenden vier Jahren insgesamt Fr. 4'360'000.- zur Verfügung. Dieser Betrag ist im Budget resp. im IAFP (Integrierter Finanz- und Aufgabenplan) bereits enthalten, führt also für die Stadt nicht zu ungeplanten Mehraufwänden.

4,3 Mio Franken, das ist viel Geld. Können wir uns dies leisten? Ja; denn alles andere kostet mehr. Wir haben es mit Investitionen zu tun, die sich lohnen. Wir erhalten mit ihnen längerfristig die Arbeitsmarktfähigkeit der von Arbeitslosigkeit Betroffenen, fördern die berufliche und soziale Integration, beugen Desintegration vor und verhindern oder lindern die Folgeerscheinungen. Bei den Betroffenen, aber auch bei ihren Angehörigen.

Der für vier Jahre eingestellte Kredit steht unter dem Vorbehalt der gesicherten Finanzierung. Er ermöglicht es der Stadt, innovative Projekte zu unterstützen und spezifische städtische Bedürfnisse zu berücksichtigen. Wir haben bisher gute Erfolge auszuweisen. 2008 stand die Stadt Bern mit einer Integrationsquote von 45% in den ersten Arbeitsmarkt zuvorderst im schweizerischen Städtevergleich. Diesen erfolgreichen Ansatz wollen und müssen wir weitergehen. Die Strategien und Massnahmen zeigen den Weg für die nächsten vier Jahre auf.

Investitionen in die berufliche und soziale Integration sind sozial, solidarisch, finanzpolitisch sinnvoll und verfassungsmässige Pflicht.

Die Ziele und Grundsätze, welche der Strategie zugrunde liegen, werden Ihnen von Felix Wolffers, Leiter Sozialamt, vorgestellt. Jürg Fassbind, Leiter Kompetenzzentrum Arbeit, wird Ihnen die davon abgeleiteten Massnahmen präsentieren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.